

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Dezember 1927 bei 100 Jahrgang 1,50 Mk. Halbjahrespreis für 1928 7,50 Mk. (einschl. Postgebühren). Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet. Die einseitige 4 mm breite Zeile zu 100 W. für 14 Tage im Voraus. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt zu 15 W. außerhalb zu 20 W. die 10 mm breite Reklameweile zu 10 W. außerhalb zu 15 W. (einschl. Postgebühren). Ausw. Anzeigen nach Vereinbarung.

Druckverlag: Nachrichten Dresden
 Verlagsnummer: 25 241
 Nur für Nachbestellungen: 20 011

Druck- und Verlagsanstalt:
 Marienstraße 38/42
 Druck u. Verlag von Henschel & Reichardt in Dresden
 Postfach-Nr. 1068 Dresden

Redaktion nur mit deutlicher Aufschrift. „Dresdner Nachr.“. Unvollständige Briefe werden nicht beantwortet.

Konditorei Limberg
 Prager Straße 10
Hochfeine Honigkuchen
 in reicher Auswahl

Dauerbrandöfen aller Systeme
 Vor Einkauf eines Ofens empfehle ich die Besichtigung unserer Ausstellung. Feinste Arbeit zu Preis u. Auswahl. Fachmannsache Beratung.

Florian Czockerts Nachf. Ferdinand Wiesner
 Tel. 25 401 11 Dresden-A. Töpferstr. 9 15 11 Tel. 25 401

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS
 Kunstspielpianos
 seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat
Meißen i. S. **Martin-Bautzen** i. S. **Seminarstr. 9**

Große Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Sozialdemokratische Ausfälle gegen Dr. Schacht. — Die Abrüstungsvorschläge am Versanden.

Curtius und Brauns antworten.

Druckmeldung unter Berliner Schriftleitung: Berlin, 1. Dez. Der Reichstag, der heute seine Plenarsitzungen wieder aufnahm, behandelte in Gegenwart des Reichswirtschaftsministers Curtius, des Finanzministers Brücher und des Arbeitsministers Brauns die sozialdemokratische

Interpellation über die Wirtschaftspolitik

der Reichsregierung, nachdem das Haus sich zuvor dahin geäußert hatte, die Interpellationen über die Notlage im Ruhrgebiet, im Rheinland und in der Pfalz, sowie die Interpellation über die Verkehrspolitik im C.R. am Sonntagabend besonders zu behandeln. Abg. Aufhäuser (Soz.) begründete die sozialdemokratische Interpellation. Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Konjunktur sei durch verschiedene Maßnahmen der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung bedroht. Es müssten Maßnahmen getroffen werden, um ein weiteres Sinken der Preise zu verhindern und die Erhöhung der Einkommen zu fördern. Der Redner beantragte Erhöhung der Leistungen der Angehörigen und Invalidenversicherung. Die gegenwärtigen sozialen Lagen seien keineswegs zu hoch. Mit ganz besonderer Schärfe wandte sich der sozialdemokratische Redner im Hauptteil seiner Ausführungen gegen den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Die vom Reichsbankpräsidenten entlassene Anleihebestimmung habe das Vertrauen des Auslandes zu unserer Produktionskraft erschüttert. Dr. Schacht habe eine unerhörte Hebe gegen die Gemeinden geübt. Mit Entschiedenheit müsse man seine hemmungslosen Verallgemeinerungen zurückweisen. In seiner Rede habe der Reichsbankpräsident in der Verkennung der Tatsachen den Gipfel erklommen, durch die völlige Unwahrheit behauptet, daß ohne die Kurusaufgaben keine ausländischen Anleihen für die Gemeinden notwendig gewesen wären. Tatsächlich aber handele es sich gerade bei den Gemeinden um höchst produktive Aufgaben, die der Gesamtwirtschaft zugute kämen. Dr. Schacht mache sich einer maßlosen Übertreibung schuldig, wenn er sage, daß die Anleihen der Gemeinden die Währung gefährdeten. Dr. Schacht habe im Interesse der Unternehmer gehandelt. Man wolle die produktiven Gemeindefabriken schmälern, damit sie dem Privatkapital als reife Frucht in den Schoß fielen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

beantwortete darauf die Interpellation. Er ging zunächst auf das Problem der Auslandsverschuldung ein. Er stellte Sicherheit und produktive Verwendung der bisherigen Auslandsdarlehen fest und erklärte, daß von einer Neuverlehnung des Fremdwährungs und einer etwaigen neuen Inflation infolge der kumulierenden Wirkung der Reparationszahlungen von Seiten nicht die Rede sein könne. Für die Anleihepolitik der Kommunen forderte der Minister Einfließen in die Gesamtwirtschaft und Gemeinschaftsarbeit mit der Reichsregierung über Aktion, Maß und Tempo der Investitionen. Pracht und Verschwendung müssen wegen des schärfsten Wertes nach innen und wegen des falschen Einkommens nach außen entschieden vermieden werden. Die historische Aufgabe und die Zwangslage der Kommunen müßten aber trotz dieser Bedenken anerkannt werden.

Zu dem Vorwurfe des Abgeordneten Aufhäuser, daß er die Gemeinden nicht gegen die Anleihe geschützt hätte in der Vergangenheit, erklärte der Minister, daß dieser Forderung von der Reichsregierung in ihrer am Pariser Gilbert gerichteten Denkschrift vollste Genüge geleistet worden sei. Die Regierung habe in dieser Denkschrift die Dinge so dargestellt, wie sie sich für uns darstellen müßten. Wir haben, erklärte der Minister, daran hingewiesen, daß der größte Teil der 450 Millionen Auslandskapital für werbende Betriebe, namentlich für Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke und für Verkehrsanlagen, verwendet worden ist. Die Auslastung, die sich größtenteils um Kurusaufgaben gehandelt habe, wird von der Reichsregierung nicht gebilligt. Ich stimme mit dem Vorredner durchaus darin überein.

Schwimmbäder und andere Anlagen zur Erhaltung der Volksgesundheit sind keineswegs Luxus. und es ist richtig, daß die eigentlichen Kurusaufgaben im gesamten Budget der Gemeinden nur einen kleinen Teil darstellen. Es handelt sich dabei keineswegs nur um ein Nebenprodukt. Es muß anerkannt werden, daß die Gemeinden zum größten Teil in Ausführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge solche Ausgaben tätigt haben. Dennoch ist die Frage arbeitsrechtlich, ob bei vielen dieser Anlagen Pracht und Verschwendung notwendig war und ob dadurch nicht vielmehr ein Eindruck hervorgerufen worden ist, der sich geradezu auflehnend auswirken kann. Wir sollten uns alle auch gerade mit Rücksicht auf Amerika hüten mit Amerika bei Pracht und sonstigen Anlagen zu konkurrieren. (Sehr wahr! rechts.) Ich glaube, daß ich ein Recht habe, auch hierauf hinzuweisen. Was die Produktivität der Anleihen in der Privatwirtschaft betrifft, so liegt hier die Bedenken mehr in der Frage der Erhaltung und der Veranschaulichung. Die politische

Selbst der Auslandsverschuldung beruhe gewisse Gefahren. Dem stünde aber gegenüber, daß weltwirtschaftlich gesehen, die Verbindung zwischen der Kapitalkraft der Vereinigten Staaten von Amerika und der produktiven Wirtschaft des deutschen Siebzig-Millionen-Volkes ein glückliches Ereignis sei. Die weiteren Bedenken, die von Gläubigerseite aus hinsichtlich der Priorität der Privatanleihen vor den politischen Schulden aufzutreten seien, wären in der Zwischenzeit, vor allem durch die schlagende Beweisführung des Reichsbankpräsidenten in seiner Bochumer Rede beseitigt. Das das Vereinfachen von ausländischen Devisen den Transfer nicht gefährde, die darauf gerichtete Wirtschaftspolitik mithin nicht dem Dawes-Plan widerspreche, sei klar. Uebergehend zu

Mahnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik

erörterte der Reichswirtschaftsminister darauf die Kartellfrage. Er kam zu dem Ergebnis, daß zu einer grundsätzlichen Änderung der Kartellpolitik mindestens so lange keine Veranlassung vorliege, als nicht die Ergebnisse vorlägen. An der Zollentzugsaktion, die einen weiteren Gegenstand der Interpellation bilde, halte die Reichsregierung fest. Sie sei auch bestrebt, in erster Linie Zollentzügen durch Gegenleistungen in Handelsverträgen herbeizuführen. In diesem Zusammenhang teilte der Minister mit, daß die Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen heute abreise und daß sie den Auftrag habe, zunächst ein Abkommen zur Liquidierung des Zollkrieges und in unmittelbarem Zusammenhang damit einen endgültigen Handelsvertrag abzuschließen. Auf dem Gebiete der Zins-, Kapital- und Kreditpolitik teilte der Minister eingehend die Gemeinschaftsarbeit zwischen Reichsbank und Reichsregierung zur Verbilligung des Kredits, zur einheitlichen Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder sowie in der Führung der Beratungskommission und dem reparationspolitischen Ausschuss der Reichsregierung mit.

Der Minister betonte weiter, es blieben alle Maßnahmen wirkungslos, falls es nicht gelänge, die große Reichsreform durchzuführen. Die Reichsregierung habe Verfassungs- und Verwaltungsreform aus der Theorie in die Praxis übergeführt. Nach dem Programm für die Ministerpräsidentenkonferenz im Januar 1928 sei die Reichsregierung entschlossen, Maßnahmen zur Gewährleistung parlamentarischer Finanzwirtschaft und praktischer Einzelarbeit in der Verwaltungsreform vorzuschlagen und durchzuführen. Die Stunde zum Handeln habe geschlagen. Man dürfe die Dinge nicht länger treiben lassen. Gegenüber Feststellungen der Interpellation erklärte der Minister, daß

die Preiskurve nicht steil nach oben

steige, daß man im Gegenteil von einer weiteren Entspannung sprechen könne. Die Regierung sehe keine Notwendigkeit, gesetzgeberische Vollmachten zu erbitten, um auf die Preise einzuwirken. Weiter betonte der Minister, daß der reparationspolitische Ausschuss kein Angstprodukt auf Grund des Memorandums des Reparationsagenten sei, sondern daß er schon im Juli vorgehen wurde. Nach seiner Einsetzung sei eine weitgehende Verabstimmung in den Reparationsfragen eingetreten.

Nachdem der Minister seine Ausführungen beendet hatte, teilte Präsident Brücher mit, daß die kommunistische Fraktion ein Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung eingebracht habe.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

beantwortete dann den zweiten Teil der sozialdemokratischen Interpellation. Er führte aus, dieser beschäftige sich mit der Frage der Lohnpolitik, der sozialen Steuern und mit den für die Fürsorge maßgebenden Bestimmungen. Der Nachdruck liege auf den Fragen der Lohnpolitik. Bekanntlich habe die aufsteigende Konjunktur des letzten Jahres auch eine beträchtliche Steigerung der Löhne zur Folge gehabt. Der Minister betone ausdrücklich den Zusammenhang zwischen Lohnsteigerung und Konjunktur. Da jede behördliche Einwirkung auf die Lohnentwicklung ihrer Natur nach begrenzt sei, seien die Behörden nicht in der Lage, die Lohnentwicklung maßgebend zu bestimmen.

Deshalb betreibe der Einfluss des Arbeitsministeriums zuweilen nur in einer vermittelnden Tätigkeit bei freien Verhandlungen. Verbindlichkeitsklärungen seien nicht die Regel. Bei letzteren sei das Ministerium auch an den Inhalt der Schiedssprüche gebunden. Die Schlichtungsbehörden seien sämtlich befreit, mit neuen Tarifverträgen die Löhne im Rahmen des wirtschaftlichen Maßstabes zu heben, was die Entwicklung des letzten Jahres auch beweise. Man könne feststellen, daß sich das Niveau des Reallohnens der deutschen Arbeiterschaft im Durchschnitt gesehen ebenfalls gebessert habe.

Das Sowjet-Pentagramm in Genf.

„Das Pentagramm macht die Pein?“ fragt Faust mit spöttischem Gehagen den Mephisto. Dieselbe Frage mit den gleichen Empfindungen möchte man an die großen westlichen Militärmächte richten angesichts der Lage, in die sie durch das Vorgehen der Russen in Genf veretzt worden sind. An Feindschaft läßt die unerbittliche russische Festnagelung der Siegerstaaten auf ihre Abrüstungsneugierde wirklich nichts zu wünschen übrig. Das haben die Nachhaber in Paris und London vorausgesehen, und sie sind daher seit dem Augenblick, wo es feststand, daß die Russen in Genf erscheinen würden, nicht wieder aus der unbehaglichen Gemütsstimmung herausgekommen. Ihre Verärgerung suchten sie ausgerechnet auf — Deutschland abzuladen, dessen Hinterhand sie in Moskau zu spüren glaubten oder vielmehr sich frampfhaft einbilden. In diesem feindlichen Zustande sieht die „Times“ einen elegischen Sehnsuchtsausflug nach der „alten alten Zeit“ aus, als die Siegermächte in Genf noch „so schön unter sich“ waren und das „deutsche Element der Opposition“ noch nicht die Einklinkertheit der Völkerbundsbeschlüsse bedrohte. Also Deutschland ist in Genf der Hecht im Karpfenteich geworden, der auch die bösen Russen herbeigelockt hat! Das Märchen ist gar zu plump erdichtet, als daß es einer ernsthaften Widerlegung bedürfte. Es kann lediglich dazu dienen, die Verlegenheit, in welche die Verbandsmächte durch den russischen Vorstoß gebracht worden sind, in um so helleres Licht zu rücken. Es war auch wirklich keine Kleinigkeit, was die Herren in Paris und London aus dem Munde des russischen Vertreters zu hören bekamen, wie Herr Titwinow, der stellvertretende Volkskommissar für die auswärtige Politik der Sowjetrepublik, den Verbandsstaatsmännern ihre Unehrlichkeit in Sachen der Abrüstung unter die Nase rieb, mit der kalküllosigen souveränen Unbesinnlichkeit um die überfüllte westeuropäische Köstlichkeit, und wie er dann die Bombe des Hauptanliefs in die verübte Versammlung schleuderte: den Vorschlag der Abschaffung aller stehenden Heere und aller Flotten mitamt der allgemeinen Wehrpflicht. Im ersten Augenblick ist es zweifellos für uns Deutsche, die wir unter der unaufhörlichen Abrüstungspolitik der anderen so schwer zu leiden haben, geradezu herzerfrischend, die schonungslos russische Entlarvung der Gegenseite in ihrer unmittelbaren Wirkung angeschwächt durchzukosten. Dann aber muß die Kritik langsam zu ihrem Rechte kommen, und da ergibt sich ohne weiteres die Achillesferse des russischen Angriffes, die in seinen utopistischen, jeder Rücksicht auf praktische Möglichkeiten entbehrenden Ausmaßen in Erscheinung tritt: Ein derartiger Abrüstungsradikalismus, wie ihn die Russen in Genf vertreten, wäre selbst dann, wenn seiner Durchführung keine anderen Schwierigkeiten im Wege ständen, deshalb nicht denkbar, weil die westeuropäische Kultur sich dann verlor dem Volksweltismus ausliefern würde. Kann irgendein Einseitiger annehmen, daß der Sowjetismus einem völlig bis auf die Knochen entwaffneten Westeuropa gegenüber darauf verzichten würde, seine eigenen Massen zu bewaffnen, um die „Weltrevolution“, das letzte Ideal des Volksweltismus, zu verwirklichen? Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Auf eine solche Bahn kann Deutschland selbstverständlich den russischen Delegierten nicht folgen. Schon diese einfache Ueberzeugung genügt, um zu zeigen, wie unsinnig die in der Pariser und Londoner Presse aufgestellte Behauptung ist, wir wollten mit den Russen in Genf durch dick und dünn gehen. Wir haben aber auch durchaus keinen Anlaß, um einer beifälligen Geste der Verbandsmächte willen die Teilnahme der Russen an den Genfer Verhandlungen von vornherein unfreundlich zu behandeln. Der deutsche Standpunkt ist offiziell in zutreffender Weise dahin gekennzeichnet worden, daß ein gemeinsamer deutsch-russischer Aktionsplan nicht betreibe, daß es aber natürlich auch nicht ausgeschlossen sei, für diese oder jene Einzelfrage eine übereinkommene Aktionslinie für beide Länder zu finden. Das muß insbesondere für ein Vorgehen gelten, das darauf abzielt, die Abrüstung auf die praktische Grundlage des Artikels 8 der Völkerbundsatzung zu stellen, der belagt, daß im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens die Rüstungen allgemein auf ein Minimum herabgesetzt werden müssen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erhaltung internationaler Verbindlichkeiten durch ein gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Man mag der Frage, ob von dem russischen Eingreifen in Genf greifbare Vorteile für die Abrüstung zu erwarten sind, noch so skeptisch gegenüberstehen, daß eine nicht so

(Fortsetzung des Berichtes auf Seite 2.)